

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin=Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Deckungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Der christliche Gewerkschaftskongress

Essen, 20.-23. November 1920.

Mit hochgespannten Erwartungen haben nicht nur die Mitglieder der eigenen Bewegung, sondern weiteste Kreise des deutschen Volkes dieser Tagung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung entgegengesehen. Diese Hoffnungen sind nicht enttäuscht worden. Der Kongress hat unserer Volks Richtung und Ziel gemessen, die allein aus dem gegenwärtigen Elend zu neuen besseren Tagen führen. Ueber den Rahmen einer Gewerkschaftstagung weit hinauswachsend, wurde er zu einer politischen Kundgebung größten Stils, die, so hoffen wir, eine neue Epoche einleiten wird, nicht nur für die deutsche Arbeiterbewegung, sondern für unser ganzes Volk.

Was unserem Volke in seiner gegenwärtigen Lage vor allem not tut, ist Klarheit über das was ist. Um meisten fehlt diese Klarheit heute in unserem politischen Parteiwesen. Die durch Krieg und Revolution bedingten Umwälzungen haben das Volk selbst — vertreten durch die politischen Parteien — zum Gestalter seiner Geschichte gemacht. Aber diese Parteien sind unter Zeitverhältnissen und Bedingungen entstanden, die von den heutigen Grundbedingungen verschieden sind. In diesem Grundfehler krankt unser ganzes politisches Leben. Der Kongress hat mit rückwärtsloser Klarheit ausgesprochen, daß ein solcher Zustand fürderhin einjoch unerträglich ist. „Neben dem Verfallter Vertrag“, so führte der Kollege Stegerwald unter dem stillen Beifall des Kongresses aus, gibt es kein Bleibewicht von auch nur annähernd gleicher Schwere, das uns immer wieder am Aufstieg hindert und uns in den Sumpf der Latentlosigkeit herabzieht, wie das Klimmersystem unserer bisherigen parlamentarischen Politik. Wir müssen daher unter allen Umständen auf die Konsolidierung unserer Parteiwesens hinarbeiten. Ohne sie keine starke Regierung, keine stetige Außenpolitik, ohne sie auch keine feste Ordnung im Innern. Wir müssen im politischen Leben, unbekümmert um die Grenzen von Land und Stamm, von Klasse und Stand, von Konfession und alter Parteiberlieferung, uns die Hand reichen zu dem einen Ziel: der Wiederaufbau von Volk und Vaterland. Nicht im zersetzenden Kampf der Extreme kann Deutschland gesunden. Einigen müssen sich in einer breiten Volkspartei alle Kreise, die da gut deutsch, christlich, demokratisch und sozial gesonnen sind.“ Es ist darüber täuschend sich wohl niemand von uns, ein außerordentlich tiefgreifender und klüher Plan, den der Kongress hier aufstellt. Von der Tatkraft, der politischen Einmütigkeit und nicht zuletzt von dem Takte unserer Anhänger draußen im Lande wird es abhängen, ob er sich in kürzerer oder längerer Zeit durchsetzt. Wir kennen wohl das tiefe Unbehagen, das in weiten Mitgliederkreisen über die gegenwärtigen, auch nach unserer Meinung durch und durch unbefriedigenden Parteiverhältnisse herrscht. Im vorstehenden hat der Kongress die Richtung gewiesen, in welcher sich künftig der Reformwille zu betätigen hat. Entschieden hat er die Bestrebungen abgewiesen, die auf die Schaffung einer neuen Klassenpartei hinauslaufen. Auch darüber hat er keinen Zweifel gelassen, daß die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften auch künftig unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß.

Mit der gleichen rückwärtslosen Klarheit hat der Kongress auch in der Sozialisierungsfrage ausgesprochen, was ist, und noch mehr, was sein kann. Die von linksradikaler Seite geforderte Vollsozialisierung ist Wahnsinn. Mögen unverantwortliche Kreise weiterhin der Arbeiterbewegung das Gegenteil einzureden versuchen — wir haben nicht Verantwortungs- und Gewissenlosigkeit genug, es ihnen darin nachzutun. Aber für jede vernünftige Gemeinwirtschaft setzt sich die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit aller Kraft ein. Grundsätzlich völlig klar steht es in dem Kongressbeschluss: „Das Kapital-

istisch-individualistische Wirtschaftssystem muß in Deutschland der Vergangenheit angehören. Der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft kann und darf nur planmäßig nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen.“ Über Gemeinwirtschaft bedeutet für uns nicht Bürokratisierung der Wirtschaft und auch nicht Ausschaltung der Unternehmerpersönlichkeit. Beides wäre der Anfang vom Ende. Vor allem aber ist für uns die Sozialisierung eine ethische Frage und nicht eine solche mechanischer Einrichtungen. Hier hat das glanzvolle Referat des Kollegen Theodor Brauer die Unterschiede gegenüber dem marxistischen Sozialismus mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit herausgearbeitet. „Der Sozialismus“, so führte er aus, „will den Kapitalismus fortsetzen und zugleich überwinden durch das Weiterstreben seiner zersetzenden Tendenzen. Das Christentum will den Kapitalismus überwinden, indem es die durch ihn zersetzten Institutionen einer Wiebergeburt zuführt und sie mit neuem Leben erfüllt.“ Und weiter: „Wir werden der technischen Errungenschaften des Kapitalismus nicht froh, weil unter den Einwirkungen seines verderblichen Geistes ihr Genuß vergällt wird. Diese Wirkungen sind, daß nicht mehr der standesmäßige Lebensunterhalt das Ziel ist, sondern der Erwerb um des Erwerbes willen, der Mensch wird zur Materie herabgezogen.“ Deshalb gilt unser Kampf nicht den Einrichtungen, sondern dem kapitalistischen Geist: „Auf allen Seiten muß der Wille bestehen, das Allgemeinwohl der Wirtschaft in starkem Verantwortungs- und Bewußtsein recht zu verwalten. Darum keine ausreizenden Gewinne. Beobachtung und Bewachung der Kapitalverbindungen, Ableitung überdurchschnittlicher Gewinne in die Kanäle, die das Allgemeinwohl speisen sollen. Keine monopolistische Ausbeutung, kein wuchernder Handel und keine Vampirpekulation. Das ist unser Ideal der Gemeinwirtschaft.“

Verantwortungsgefühl und Pflichterfüllung, eiserne, voraussetzungslose Pflichterfüllung auf allen Seiten, das ist der beste und kürzeste Weg zur Gemeinwirtschaft. Dazu rüst der Kongress das ganze Volk auf. Wir aber wollen als die Bannerträger vorgehen!

### Kongressbericht

Im prächtigen Städtischen Saalbau in Essen nahm am 20. November der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands seinen Anfang. Fast 400 Delegierte und sonstige Organisationsvertreter sind aus allen Ecken des Reichs zusammengeströmt. Die Tribünen sind gut besetzt. Das Podium bevölkert eine große Zahl von Ehrengästen. Man fühlt die große Spannung, von der alle erfüllt sind.

Einen guten Auftakt zu den den Kongress beschäftigenden Problemen bildet die

### Eröffnungssrede

des Kollegen Stegerwald. Er führt etwa aus: Der letzte Kongress fand im Oktober 1912 in Dresden statt. Einige Wochen später tagte in diesem Saale ein außerordentlicher christlicher Gewerkschaftskongress. Beide Kongresse hatten sich mit dem Gewerkschaftsproblem im katholischen Lager zu beschäftigen, der damals durch ein Rundschreiben des Oberhauptes der katholischen Kirche auf seinem Höhepunkt angelangt war. Dieser Streit war jahrelang einer der Mittelpunkte des deutschen innerpolitischen Lebens. Gemessen an dem, was wir in der Zwischenzeit erlebt haben erscheint der damalige Streit in der Gegenwart eine kleine Sache. Die Stellung der einzelnen Völker und Nationen in der Welt hat sich sehr verändert. Deutschland, das vor dem Kriege auf der Mittagshöhe stand, ist durch den Krieg auf den Abend zurückgeworfen worden. Heute steht es vor der

finsternen Nacht. Bismarck habe einmal gesagt, daß alle hundert Jahre einmal die Weltuhr Europas richtig gestellt worden sei. Vor hundert Jahren wurde die Weltuhr richtig gestellt zuungunsten der Polen und zuungunsten Frankreichs. In den letzten Jahren ist von diesem Schicksal unser deutsches Vaterland betroffen worden. Über erst wenn zu den Geschmitten der Gegenwart Abstand genommen sei, könne klar übersehen werden, welche seelische und welche Willenskräfte Sieg und Niederlage bei den verschiedenen Völkern ausgelöst haben würden. Dann erst lasse sich feststellen, welche dieser Willenskräfte und Lehren der Gesamt menschheit als nützbringend erwiesen haben. Ich persönlich stehe auf dem letzten Standpunkt. Ich glaube daran, daß über all den Geschmitten der letzten Jahre eine Vorschung steht, die weiß, was sie will. Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren eine starke Demütigung erfahren. Es ist erniedrigt worden unter die kleinsten Völker der Erde. Es sieht innen- und außenpolitisch sehr düster aus. Unsere Wirtschaft ist zerstört, das Volkstum durch den Krieg, die Blockade und die Unterernährung außerordentlich geschwächt. Die kleinen Kinder in den Großstädten machen einen bejammernswerten Eindruck. Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten ziehen als Seuchen durch Deutschland. Wir stehen vor einer der größten Finanzkrisen der Geschichte. Unser ganzes mitteleuropäisches Wirtschaftsleben ist aus seiner organischen Entwicklung herausgeworfen worden. Überall liegen Trümmerhaufen.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat jahrzehntlang von dem ihr zustehenden Platz im deutschen Staats-, Wirtschafts- und Kulturleben zurückgehalten worden. Durch die Revolution wurde sie nunmehr plötzlich auf den ersten Platz gestellt. Die große Frage ist nun, ob sie ausreichende Baumeister und schöpferische Kräfte für das neu einzurichtende Haus des deutschen Volkes hat. Gelingt der deutschen Arbeiterbewegung die große Aufgabe nicht, vor die sie gestellt ist, dann wird sie in kurzer Zeit bestimmt wieder in die Abschreibekasse zurückgeworfen werden, die sie jahrzehntlang vorher einnahm. Die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere auch der christlich-nationale Teil derselben, steht vor einem so großen und ernsten Augenblick, wie noch niemals, seitdem es eine Arbeiterbewegung gibt.

Auch auf dem engeren Gebiete der Arbeiterbewegung haben sich seit dem letzten Kongress große Umwälzungen abgespielt. 1912 ging die deutsche Sozialdemokratie als weitaus stärkste Partei aus dem damaligen Reichstagswahlkampf hervor. In der Zwischenzeit hat sie sich in drei Gruppen gespalten. Breite sozialdemokratische Kreise haben erkannt, daß mit der internationalen Klassenkampfbankrott, inmitten einer kapitalistischen Welt der Wiederaufbau Deutschlands unmöglich ist. Heute sind in Deutschland mehr als 10 Millionen Arbeiter, Angehörige und Beamte gewerkschaftlich organisiert. In der sozialistischen Bewegung kämpfen die drei Gruppen um den Inhalt, die Führung und Marschrichtung der Bewegung. Auch an der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind naturgemäß die gewaltigen Umwälzungen nicht spurlos vorübergegangen. Auch in ihr gab es große Meinungsverschiedenheiten über eine Reihe wichtiger und entscheidender Fragen. Diese sind in zahlreichen Konferenzen der führenden Personen durchgearbeitet und durchgekämpft worden. Heute glauben wir die Voraussetzungen für eine geschlossene Marschrichtung und für ein aktives Handeln in der Zukunft geschaffen zu haben. Von diesem Kongress wird seitens der Mitglieder jedenfalls erwartet, daß er einen klaren Weg in die Zukunft weist.

In organisatorischer Hinsicht haben sich im christlichen Gewerkschaftslager in den letzten Jahren große Veränderungen abgespielt. Im katholischen Lager besteht jetzt gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Einheitsfront. Die Verknüpfung mit den katholischen Fachabteilungen ist nach 20jährigem Kampfe erfolgt. Daneben hat eine organisatorische Neugliederung stattgefunden durch die Bildung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der aus dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für die Arbeiter, dem Gesamtverbande der Angestelltenverbände für die Beamten und dem Gesamtverbande der Beamtenverbände für die Beamten besteht. Die drei Verbände zählen zusammen über 2 Millionen Mitglieder. In den

großen Fragen wird künftig nur der Deutsche Gewerkschaftsbund einheitlich Stellung nehmen und Wegweiser sein. Künftig werden die Kongresse des Gewerkschaftsbundes und der drei Gesamtverbände gleichzeitig und gemeinschaftlich mit- und nebeneinander abgehalten werden.

Die gegenwärtige Tagung ist entschlossen, Dnaberskne für den Wiederaufbau Deutschlands zusammenzutragen. Ohne den soliden Wiederaufbau Deutschlands in wirtschaftlicher, politischer und sozialer und kultureller Hinsicht fehlt der Gewerkschaftsbewegung der Boden für ihre Arbeit. In Deutschland müssen erst wieder Voraussetzungen geschaffen werden für eine erspriessliche Wirksamkeit der Gewerkschaften.

Aus unserer Tagesordnung geht hervor, daß wir uns aber die Fragen, wie dem deutschen Volke wieder vorwärts geholfen werden kann, ernstlich den Kopf zerbrechen und bemüht sind, klar zu sehen, was die Stunde von uns fordert. Große Teile des deutschen Volkes nehmen an unseren Beratungen weitgehenden Anteil.

Der Minister begrüßt dann herzlich die anwesenden Gäste und Vertreter der verschiedenen Korporationen und Behörden, u. a. den Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Ministerialrat Wessig, und das Oberhaupt der Stadt Essen, Dr. Luther. Er wünscht, daß alle von diesen Beratungen die Ueberzeugung mitnehmen, daß hier alle Kräfte darangesetzt würden, an dem Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Vaterlandes mitzuwirken. Dann fuhr der Redner fort:

Von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, die auf dem letzten Kongreß vertreten waren, sind inwieweit viele Zehntausende auf den Schlachtfeldern gefallen. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren und uns ihrer Hinterbliebenen, insbesondere der Kriegswaisen, so gut es uns möglich ist, in Christenpflicht annehmen.

Letzten Mittwoch haben wir den Kollegen Röster, den Ehrenvorsitzenden des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, hier in Essen auf den Friedhof gel. Röster war lange Jahre organisatorisch und agitatorisch tätig auch für die Gesamtbewegung. Er hat großen Einfluß ausgeübt durch sein warmes Gemüt und seine Herzengüte. Er konnte gleichsam als die Gewerkschaftsmutter angeprochen werden. Der Gewerkschaftsverein habe ihn auch wie eine Mutter geehrt. (Beifall.)

Es folgte die schier unübersehbare Reihe der Begrüßungsreden. Der Reichsarbeitsminister Herr Dr. Braun, der Regierungspräsident von Düsseldorf Herr Dr. Gräber und der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Herr Dr. Luther, entboten persönlich dem Kongreß Gruß und Glückwunsch. Das Reichsarbeitsministerium war durch Herrn Geheimrat Wessig vertreten. Der Erzbischof von Köln, Herr D. Schulte, hatte ein Begleichungsgramm geschickt, ebenso erstmals der Evangelische Kirchenausschuß, was besonderen Beifall auslöste. Ferner hatten Vertreter entsandt die konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereine, der Volksverein für das katholische Deutschland, die Gesellschaft für Sozialreform, die politischen Parteien usw. Das Sekretariat des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften hatte den Kollegen Seracenzs-Urech entsandt, ebenso waren Vertreter der christlichen Gewerkschaften Deutsch-Oesterreichs und der christlichen und katholischen Gewerkschaften Hollands und Niederlande. Die französischen christlichen Gewerkschaften und die der Tschecho-Slowakei hatten telegraphisch ihre Grüße übermittelt.

Alsdann erstattete Kollege Kaiser-Köln den

**Geschäftsbericht,**

der sich auf die Zeit von 1912 bis 1919 erstreckt. Es trat in diesem Zeitraum eine Steigerung der Mitgliederzahl von 350 930 auf 1 000 770 und eine Vermehrung des Sassenbestandes von 8 575 658 M auf 17 213 023 M ein. Auf Einzelheiten des Berichts sowie auf die hierzu gestellten Anträge wird noch zurückzukommen sein.

Der zweite Tag brachte das Haupt- und Kernstück des Kongresses, die Rede des Kollegen Stegerwald über

**Die christlich-nationale Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes.**

In den letzten sechs Jahren haben Haß, Brutalität, Hunger, Not, Verzweiflung, Trauer und Schmerz das Antlitz der Welt grauig verzerzt. Diese Vorgänge traten so schnell in das Bewußtsein, daß die halbe Menschheit heute noch wie in Traum wandelt und noch nicht zur kalten Morgenröthe der Wirklichkeit erwacht ist. Aber gerade dieser Zustand zwischen Schlaf und Wachen ist der gefährlichste und entsetzlichste für ein Volk. Heute weiß eigentlich niemand, wo wir stehen. Selten ist eine vernunftgemäße Berechnung der Zukunft immer wieder so über den Haufen geworfen worden, wie im Laufe der vergangenen Jahre. Wenn wir den großen Sinnen nachspüren, so lösen wir auf die Tatsache, daß die innere seelische Entwicklung der Menschheit hinter der sprunghaft anseherlichen naturwissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben ist. (Sehr richtig!) Sie ist jenseits der letzten verblümmet. Der Mensch ist zum Sklaven seiner Technik geworden. Diese Entwicklung hat zu einer Mechanisierung und Materialisierung der ganzen Welt geführt. Seit 20 Jahren wehren sich überall die Zeichen einer katastrophalen Spannung: Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes durch steigende Produktionspreise, Verschärfung der sozialen und politischen Gegensätze, Beherrschung der Weltmacht in der Weltmacht, weltweites Verstricken aller großen Staaten, Schwächung eines internationalen Materialismus und der egoistischen Vorkriegsinteressen, Sieg des Überwältigten und Gesetzten, Sieg der Ignoranz über die

der Theatergesten auf der ganzen Erde, Zurückdrängung des Innerlichen, des Ruhigen und des Einfachen, der religiösen Grundanschauung. Das war der Zustand der europäischen Menschheit, der zur Katastrophe geführt hat.

Der Krieg brachte nicht nur die größte wirtschaftliche Anmaßung, die die Menschheit je erlebt hatte, er hat auch das weltliche Gleichgewicht in einem so starken Maße erschüttert, daß wir Mitleidende uns davon eine klare Vorstellung nicht machen können. Alle normalen Maßstäbe versagen, gemessen an dem Umfang der Katastrophe. Aus der Kriegsrevolution tritt ganz Ost- und Mitteleuropa in die Ernüchterungsrevolution von 1917/18 hinein. Macht, nichts als brutale Macht, ist die Geistesverfassung der Stunde, mag sie unter dem Namen Trojki, Lenin, Northcliffe oder Polnarek umgehen. (Sehr wahr!) „Der Geist des Alten Testaments“, hat neuerlich ein Engländer gesagt, „der Kampf nach außen und innen bis zur restlosen Verbitterung und Verflawung des Geistes und ohne das Kind im Mutterleibe zu schwenken, führen will, dominiert.“ Der lebendige Geist des Neuen Testaments ist fast allenthalben nur noch bei den Stillen und Einsamen zu finden. Die abendländische Menschheit ist nur noch dem Namen nach eine christliche.“ (Lebhafter Beifall.)

Clare Rettung aus dieser Geistesverfassung kann nur durch eine

**Wiedergeburt im Geiste des Christentums**

kommen. Geseze und Einrichtungen, mögen sie auf dem Papier noch so vollkommen sein, können eine glückliche Zukunft nicht verbürgen. Organisationen staatlicher, sozialer und wirtschaftlicher Natur können wohl bestimmte Einzelwerke verwirklichen, sie können aber einem Volk, das von der Höhe seiner Erfolge heruntergeschmettert ist, keinen stillen Halt und keinen Glauben an seine Zukunft geben. (Sehr richtig!) Dazu ist erforderlich, daß zunächst jeder einzelne wieder einfach, wahrhaft und ehrfürchtig im Lichte des Christentums wird. Von dem einzelnen muß die Bewegung übergehen auf die Familie, Einfachheit, Klarheit, Wahrhaftigkeit, Treue, Opferwilligkeit, Nächstenliebe müssen die ersten Forderungen auch im öffentlichen Leben sein. (Bravo!) Die christlich-nationale Arbeiterbewegung wollte von jeher mehr als eine bloße Lohn- und Tariforganisation, sie wollte eine Gestaltungs-gemeinschaft sein. (Stürmischer Beifall.) Unsere Leitsterne waren stets: Christentum und Vaterland. Wir fordern den christlichen Staat.

Er bedeutet für uns die grundsätzliche Abschaffung aller Anmaßungen, die aus dem rationalistischen und mechanistischen Denken der französischen Aufklärungzeit des 18. Jahrhunderts erwachsen sind. Der Staat ist für uns nicht die zahlreichste Zusammenfassung der einzelnen Individuen, er ist für uns Schlüssels- und Lebensgemeinschaft. Wir fordern, daß der Staat der christlichen Tradition unserer Kultur eingedenk bleibt und die Lebenskräfte des Christentums und der christlichen Tradition nicht ignoriert. (Sehr gut!) Wir verlangen, daß der Staat Halt macht vor der Gewissensfreiheit des einzelnen. In erster Linie vor der Freiheit der Eltern, die religiöse Erziehung der Kinder selbst zu bestimmen. (Stürmischer Beifall.) Deutsch ist unsere Bewegung. Deutsch heißt für uns, was durch Jahrhunderte hindurch das Wesen unserer nationalen Kultur war. Deutschland, jahrhundertlang zersplittert, an allen Grenzen den zentralen Kräften preisgegeben, ist für uns mehr als ein geographisches Gebilde. Deutschland ist für uns die unzerstörbare Schicksalsgemeinschaft, die auf die Dauer kein Bajonett, keine Handgranate, kein Geld und keine Niedertracht zerreißen kann. (Bravo!) Heute aber bedeutet Deutschland für uns Lebens- und Opfergemeinschaft. In diesen Gedanken und in diesem Glauben vereinigen wir uns auch heute und in alle Zukunft mit unseren unterdrückten Brüdern in Ost und West.

**Diese seelischen Voraussetzungen bilden die Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands**

Nach der materiellen Seite haben wir uns folgenden Satz klar einzuprägen: alle staatlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen haben nur dann Zweck, wenn sie die durch den Krieg zurückgegangene und zerstörte Produktionskraft in jedem Lande wieder heben, sonst sind sie nichts als Papier, und der Gang der Dinge wird über sie hinweggehen. Beide Fehler: die Verkennung der Bedeutung der seelischen Kräfte für den Wiederaufbau Europas und die Verkennung der wirtschaftlichen Möglichkeiten finden sich nirgends in gleicher Weise wieder wie im Versailler Vertrag. (Sehr richtig!) Er, der die Welt vom Militarismus erlösen sollte, ist in Wirklichkeit nichts weiter als die Kodifizierung des militaristischen und mechanistischen Denkens einer vergangenen Epoche. Er ist der Versuch, das, was die europäische Menschheit in den Abgrund getrieben hat, zu verewigen. In Deutschland hungern die Kinder, die Entente aber fordert 800 000 Waisenkinder. (Bravo!) Welt Oesterreich ein paar Hunderttausend Menschen nicht mehr ernähren kann, wollen die Ententestaaten möglichst schnell für Abtransport aus Europa sorgen. (Bravo!) Wer ist denn Schuld daran, daß diese Kinder tau erde nicht mehr in Oesterreich leben können? Was ist alles das anders, als die unbedingte Herrschaft des alttestamentlichen Satzes: „Schonst nicht der Kinder im Mutterleibe.“ Da ruhe ich von dieser Stelle aus: Wo bleibt der christlichen Kirche gegen diese bewußte Verneinung des Christentums? (Stürmischer Beifall.) Wo bleibt der zielbewußte Kampf aller Moraltheologen gegen diesen neuen teuflisch überlegten bethlehemitischen Kindermord? Von denen, die sich Christen nennen, sollten wenigstens noch einige ein moralisches Empfinden dafür haben, was seit zwei Jahren mit Mitteleuropa gescheht. Keinerlich steht dafür jeder Mann! Dort herrsche von jeher das patriotische Denken unter einer demokratischen Fassade. Es ist die Denkart des Bankiers und Despoten, die andere für sich arbeiten lassen. (Sehr

richtig!) Darum führt Ihre Politik Schritt für Schritt dahin, in Mitteleuropa ein Volk von Arbeitsklaven zu schaffen, das Ihnen zu Diensten ist. Auch in Frankreich man, daß Deutschland nicht das bezahlen kann, man von ihm fordert. Frankreichs Finanziers wollen ein unerfüllbaren Schuldzettel in der Hand haben, und dauer ihren Fuß auf Deutschland setzen zu können. Wirklich wie wachst die Einsicht in allen Ländern, daß der Versailles Vertrag eine unübersehbare Barriere für die Hebung der Produktion in der ganzen Welt ist. Dieser Vertrag muß in kurzer Zeit im Interesse der zivilisierten Welt von Grund auf geändert werden.

Von den innerstaatlichen Fragen steht Preußen Deutschland an erster Stelle. Das alte Preußen befindet. Damit ist aber das staatsorganisatorische praktische Problem noch nicht erledigt. Das Reich ist nicht ausreichend innerlich geeicht. Seine drei Kammer-Peet, Verleht und Finanzen sitzen noch viel zu lose. Wir in kurzer Zeit der norddeutsche feste, einheitliche Verwaltungsbild zerschlagen, dann würden mehrere Länder mit kommunalistischen, sozialistischen, andere mit recht gerichteten Mehrheiten entstehen, und die Strömungen die gegenwärtig in Bayern hervortreten, würden auch an vielen Stellen des Nordens zur Mode. Dies bedeutete letzten Endes ein Auseinanderfallen des Reiches. Die christliche Arbeiterbewegung hat alle Veranlassung, auf denen nachdrücklich entgegenzutreten, die mehr aus g selbstmächtigen Erwägungen ohne klare staatsorganisatorische Vorstellung und ohne zu fragen, was nachher kommt Preußen lieber heute wie morgen zerbröckeln möchten. Was unter allen Umständen kommen muß, ist daß die Einheit des Reichs aufrechterhalten bleibt. (Stürmischer Beifall.)

Wirtschafts- und Finanzpolitik sind als einheitliche Begriffe zu werten. Die Wirtschaft ist letzte Endes die einzige Quelle, aus der die Steuern fließen können. Erstes Gebot der Wirtschaft ist rigorose Sparsamkeit in den staatlichen Ausgaben und die Kostenpresse allmählich stillzulegen. Weiterhin die Einschränkung des Luxuskonsums. Mit das Wichtigste zur Steigerung der Produktion ist die Hebung der Arbeitsproduktivität. Wie bei der staatlichen Neuordnung muß auch bei der Wirtschaftsorganisation von unten nach oben und nicht umgekehrt aufgebaut werden. Unser Ziel muß ausgehen von der Wirtschaft und nicht in erster Linie von reinen Finanz- und Steuermaßnahmen. Auf dem Gebiete der Agrarpolitik sind Maßnahmen erforderlich, die dauernd eine größere Anzahl von Menschen auf dem Lande festhalten. Tierzucht, Saatucht, Stickstoffversorgung in der Landwirtschaft müssen durch staatliche und genossenschaftliche Maßnahmen auf das höchste vervollkommen werden. Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen auch wirklich produktiv verwendet werden.

In sozialpolitischer Hinsicht muß das soziale Moment mehr gepflegt werden. In den letzten Jahrzehnten hatte man in dem Labyrinth der Versicherungsbestimmungen und der einzelnen gewerblichen Forderungen zum Schutze der Arbeiter den Blick verloren für die eigentliche gerade Linie, von der aus sich alles hätte orientieren müssen: die anders geartete seelische Bewertung des Arbeitnehmers, Gegenwärtig sucht man diesen Dingen nachzugehen durch das Betriebsrätegesetz und die Sozialisierungsfrage. Die Schwerfälligkeit der Umformung der Wirtschaft im Geiste des sozialen Fortschritts und im Sinne der Umwertung der Persönlichkeit des Arbeitnehmers, vom Objekt zum Mitträger der Wirtschaft, werden noch ungeheuer groß sein. Aber ich glaube, wir haben hier nicht nur ein die Wirtschaft erhaltendes und die Produktion stabilisierendes, sondern auch ein so hohes menschliches und soziales Ideal vor uns, daß wir in dem Kampf dafür alle unsere Kräfte anzuspannen haben. Nicht nur aus sozialen und gewerkschaftlichen Gründen, sondern auch deshalb, weil diese Frage auch aus nationalen Beweggründen von größter Bedeutung ist.

Wenn der Wiederaufbau Deutschlands gelingen soll, müssen zum Teil im Vergleich zur Vergangenheit heil ganz andere Wege beschritten und neue Mittel angewandt werden. Wir haben in Deutschland die parlamentarische Regierungsform eingeführt, und bis heute zu arbeiten versucht mit einem Parteienstern, das sich in 50jähriger Entwicklung unter absolut anderen Bedingungen und zur Erfüllung von Aufgaben herausgebildet hat, die völlig verschieden sind von den heutigen. Das ist die Kernfrage unserer heutigen politischen Lage, ohne deren auch nur einigermaßen befriedigende Lösung es keinen Wiederaufbau Deutschlands geben wird. (Sehr richtig!) Was wir heute brauchen, ist unter allen Umständen eine konstante Linie in der Politik. Neben dem Versailler Vertrag gibt es kein Weltgewicht von auch nur annähernd gleicher Schwere, das uns immer wieder am Aufstieg hindert und uns in den Sumpf der Latenzlosigkeit herabzieht, wie das

**Glimmersternsystem unserer bisherigen parlamentarischen Politik.**

keine der großen Aufgaben, die ich vorhin zu umschreiben versuchte weder auf außenpolitischen, innerpolitischen, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, kann nachhaltig und befriedigend in Angriff genommen werden. Denn es wird unter den heutigen Verhältnissen immer und überall die Stetigkeit, das Grundelement jeder Politik, die dauernde Früchte bringen soll, fehlen. Keine Partei und keine Parteifraktion ist stark genug, um die Dinge in voraussehbarer Arbeit nach einem bestimmten Plan begangen zu treiben. Das Fundament des neuen Baues kann nicht auf den Flugand wechselnder Koalitionen von gleich starken Parteigruppen gebaut werden. Es muß auf einem breiten, festen Block stehen, von einer einheitlichen Masse die Garantie für den Bestand des Gebäudes gibt. Eine auswärtige Politik, die völlig neu aufbauen muß, bedarf einer sicheren Fundamentierung in

parlament. Vor allem auch mit Rücksicht auf die Personalfrage. Wir müssen zunächst einmal für eine Reihe von Jahren einen Mann an der Spitze des Auswärtigen Amtes haben, der die Beziehungen zu den Leitern der auswärtigen Politik in anderen Ländern mit klugem Takt erstellt und die abgerissenen Fäden wieder antnüpft. Das ist vielleicht die größte, aber auch die schwerste Kunst des Augenblicks. Wir brauchen solch ständige Leiter der auswärtigen Politik für eine Reihe von Jahren, um die großzügige Personalreform im auswärtigen Dienst durchzuführen, um einen einheitlichen Willen und mehr Selbstbestimmung in demselben zu schaffen, als wir im Innern und seither gehabt haben. (Sehr gut!) Wir brauchen die große einheitliche Kraft im Parlament wieder ebenso stark für die Durchführung der innerstaatlichen Reformen. Wie ist es überhaupt denkbar, in einer zukunftsreichen Lösung der Frage Preußen-Deutschland zu kommen mit einer Koalition, in der die einen für möglichst schnelle Aufteilung Preußens sind, die anderen kaum etwas von einer Selbstbeschränkung der preußischen Zentralgewalt wissen wollen. Das Treibenlassen hat sich aber in der Geschichte von allen denkbaren politischen Fehlern immer als der schwerste erwiesen für die Wirtschaftspolitik gilt dasselbe. Ich brauche bloß an das ewige Hin- und Herpendeln zwischen den plantwirtschaftlichen und freiwirtschaftlichen Extremen in den letzten 1/2 Jahren zu erinnern, um zu veranschaulichen, wie nötig eine große, von einheitlichen Willen getragene Partei gewesen wäre. In noch höherem Maße gilt dies alles für die Sozialpolitik. Wenn wir nicht eine große Partei haben, die durch ihre Machtfülle die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in entscheidenden Augenblicken sichert, dann sind solche Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialpolitik unmöglich. Ohne Stetigkeit der politischen Entwicklung gibt es keine sozialen Fortschritte, ohne Stetigkeit in der Politik werden alle Sozialisierungsmaßnahmen zu gefährlichen Experimenten. (Sehr richtig!)

Wir müssen unter allen Umständen auf die

**Konsolidierung unseres Parteiwesens**

hinarbeiten. Eine solche ist nur möglich durch eine gemäßigtere Partei, die mindestens ebenso stark ist wie die mehrheitssozialistische. Diese Partei muß, wenn sie Bestand haben will, in erster Linie eine große und breite Basis in der Bestimmung ihrer Wähler haben. Was erforderlich ist, ist die Zusammenfassung der vaterländischen, christlichen, völkertümlichen und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten, besonders auch aus den Intellektuellen. Und gerade hier sehe ich meine Hoffnung auf die junge Intelligenz, von der ich weiß, daß der Geist von 1914 in ihr noch nicht erloschen ist, daß er nur der Hinführung auf praktische Ziele, auf ein Zusammengehen mit den vaterländisch denkenden Massen braucht, um wieder zu lebendiger Blut zu entspringen.

Der ganze deutsche Sozialismus befindet sich in einer schweren Krise, die nicht erst von heute und gestern kommt. Die deutsche Sozialdemokratie verdankt, abgesehen von der durch die rapide kapitalistische Entwicklung geschaffenen ungünstigen Lage der Arbeiter, hauptsächlich zwei psychologischen Momenten ihren Erfolg: einmal einem gebührend scharf durchgeführten, anscheinend außerordentlich konsequenten wirtschaftlichen und politischen System. Das an die theoretisierenden Grundroutinen der Deutschen vorzüglich appelliert. Sie verdankt ihre Erfolge weiterhin dem jahrgeschichtlichen staatlichen Druck, der einmal besonders zähe und willensstarke Führer schuf, und es zweitens möglich machte, alle inneren Kämpfe ohne Gefahr für eine endgültige Verpflichtung vor der Öffentlichkeit in einer solchen Weise zum Ausdruck zu bringen, die das Denken und die Phantasie der Massen dauernd reizte. Beide Momente haben heute ihre Wirkungskraft eingebüßt. Die heutigen sozialdemokratischen Führer wollen auf der einen Seite im Reich, wo die größten und schwierigsten Aufgaben zu lösen sind, sich nicht mitverantwortlich belasten. Da aber gegen sie nicht regiert werden kann, üben sie, ohne Verantwortung zu tragen, im stillen einen so größeren Einfluß aus. Daneben hat die Sozialdemokratie in den größten und meisten Ländern, wo weniger unangenehme Dinge zu erledigen sind, die politische Führung. Dieser Zustand mag für die Mehrheitssozialdemokratie, vom parteipolitischen Standpunkt betrachtet, am angenehmsten sein. Für die so notwendige, nach leitenden Gesichtspunkten schreibende aktive Politik, für den Wiederaufbau Deutschlands, dagegen ist dieser Zustand unerträglich. (Sehr richtig!)

Ein entscheidender Augenblick für die gesamte Weiterentwicklung Deutschlands ist gekommen. Dem deutschen Volksleben und der deutschen Arbeiterbewegung muß ein neuer Inhalt gegeben werden. Es ist kein Naturgesetz, daß die deutsche Arbeiterbewegung für alle Zeiten marxistisch, Klassenkampfartig und antichristlich orientiert sein muß. (Sehr richtig!) Bei dem seitherigen engen Verhältnis zwischen Staat und Kirche und bei dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen sind Kirche, Christentum, Staat und Reaktion von den breiten Massen identifiziert worden. Nach der Trennung von Staat und Kirche ist das nicht mehr möglich, so daß Kirche und Christentum künftig nicht mehr wie ehedem für politische, wirtschaftliche und soziale Bedürfnisse mitverantwortlich gemacht werden können. Dadurch wird eine ganz neue Situation geschaffen in dem Verhältnis zwischen den industriellen Arbeitermassen und dem Christentum bzw. den Kirchengemeinschaften.

Auch für die christliche Arbeiterbewegung ist, wenn sie der gesamten Arbeiterbewegung in starkem Maße ihren Stempel aufdrücken soll, das gegenwärtige vorevolutionäre Parteiensystem aus tausend Gründen unerträglich. (Stürmischer Beifall.) Wenn nun jemand fragt, willst du etwa für die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine besondere Partei bilden, so antworte ich mit einem glatten Nein. (Bravo!) Kein äußerlich und rechenerisch wäre eine solche Partei möglich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund zählt heute

**Am 4. Dezbr. ist der neunundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.**

über 2 Millionen Mitglieder. Mit Familienangehörigen und bei gutem Ausbau der Presse könnte eine solche Partei in nicht zu fernem Zeit ihre 4 Millionen Stimmen aufbringen. Trotzdem bin ich Gegner einer neuen Klassenpartei in Deutschland. Wir sind in Deutschland konfessionell gespalten. Das kann mensch ändern wir müssen uns bewahren, den konfessionellen Gegensatz zu mildern. Was wir aber ändern können und müssen, ist, daß Deutschland nicht für alle Zeiten extrem klassenpolitisch auseinandergerissen wird. (Sehr richtig!) Wir wollen vor dem Krieg ein Klassenwahlrecht von oben. Besitz und Bildung schloß sich fastenmäßig von den breiten Volksschichten ab, der Klassenkampf von unten wurde mit der größten Schärfe geführt. Ich sagte vorhin schon, daß das Problem der Stunde ist, in Mitteleuropa, in Deutschland, ein einheitliches Volkstum zu schaffen. Dieses einheitliche Volkstum ist auf die Dauer in Mitteleuropa und bei der Charakterveranlagung der Deutschen nur möglich auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit, auf dem Boden eines tiefgreifenden Gemeinschaftsgefühls. Nur dann ist auch eine einheitliche nationale Denkwelt in das deutsche Volk dauernd hineinzubringen. Ich will also weder eine neue Klassenpartei, noch etwa den Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer politischen Volkspartei umgestaltet wissen. Was ich will, ist vielmehr eine einheitliche und politisch geschlossene Interessengemeinschaft zwischen der gemäßigten Arbeiterbewegung Deutschlands auf der einen Seite und allen übrigen Volksgenossen, die im gleichen Sinne wie wir an Deutschlands Wiederaufbau und Erneuerung arbeiten wollen. Die Kerngedanken einer starken christlichen Volks- und Mittelpartei können etwa in den Begriffen zusammengefaßt werden: deutsch, christlich, demokratisch, sozial. (Bravo!) Diese Gedanken sind es, die, richtig herausgearbeitet, Resonanz im Volke finden und den Lebensbedingungen des deutschen Volkes in der schwersten Periode seiner Geschichte entsprechen, die auch dem Geiste eines echten Christentums und einer wahrhaften Volkstreu konform sind. (Sehr richtig!) Mit ihnen wird es auch möglich sein, alle wirklichen willenskräftigen und positiven Kreise der Intelligenz zu gewinnen.

Die deutsche Politik muß sich im nächsten Jahrzehnt unter allen Umständen

**von Extremen frei halten.**

Würden die Extremen von rechts die Herrschaft an sich reißen, so würden wir wahrscheinlich mit dem schärfsten Gegenfah der demokratisch orientierten Länder der Welt zu rechnen haben. Siegen die Extremen von links, so würden uns die unentbehrlichen Hilfsmittel für unsere Wirtschaft und Ernährung aus den überseeischen Ländern, vor allem aus den Vereinigten Staaten, für lange Zeit entzogen werden. In dem Ringen um Deutschlands Freiheit, die allein uns in absehbarer Zeit zur wirtschaftlichen und sozialen Blüte wieder bringen kann, muß die Arbeiterbewegung alle Kräfte und Möglichkeiten einsetzen, muß sie alle in ihr zum Teil schlummernde, zum Teil bewußte Energie zu mächtiger politischer Stoßkraft zusammenschließen und damit die Grundlage für ein neues Deutschland schaffen. (Bravo!)

Die Gesamtsituation ist also folgende:

1. eine starke christlich-nationale Volkspartei ist das Gebot der Stunde, wenn der Wiederaufbau Deutschlands in staatlicher, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht gelingen soll;
2. der evangelische Volksteil kann aus sich heraus diese Partei nicht schaffen, dafür streben die Kräfte bei ihm zu stark auseinander;
3. der katholische Volksteil allein ist für eine starke Mittelpartei, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß er durch die Abtrennungsgelüste stark geschwächt ist, ebenfalls zu schwach;
4. wenn das große Ziel gelingen soll, ist vielmehr eine politische Zusammenfassung der positiven Kräfte im katholischen und evangelischen Lager das Gebot der Stunde. (Stürmischer Beifall.)

Das politische Gesamtproblem der nächsten Jahre spitzt sich also so zu:

Soll die Glaubensspaltung des deutschen Volkes bei dessen gegenwärtiger Erniedrigung ihm zum dauernden politischen Verhängnis werden, oder aber sollen die staatlich und religiös positiv gestimmten Elemente aus beiden Lagern in Deutschlands trübsten Tagen zu politischer Gemeinschaftsarbeit ebenso die Hand reichen, wie sich die christlichen Arbeiter seit Jahrzehnten auf wirtschaftlichem Gebiete in den christlichen Gewerkschaften die Hand gereicht haben?

Mit meinen heutigen Ausführungen wollte ich zweierlei erreichen: einmal vor der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands und vor den breitesten Kreisen des In- und Auslandes aussprechen: was ist! Und dann wollte ich feststellen, ob eine der stärksten Volksgruppen Deutschlands entschlossen und gewillt ist, sich resolut auf den Boden dieser Gedanken zu stellen. Und nun voran an die harte, schwere Arbeit! Voran als Bannerträger für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes! (Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall.)

Anschließend an den Vortrag gaben Herr Thiel für den Gesamtverband Deutscher Angestellter-Gewerkschaften und Herr Dr. Hölle für den Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften Erklärungen ab, die die Übereinstimmung mit den Eiegerwaldschen Gedanken ausdrückten.

Danach wurden einstimmig die vom Referenten Eiegerwald vorgelegten vier Entschlüsse angenommen. Die erste fordert eine gründliche Revision des Versailler Friedensvertrages, die zweite protestiert gegen die anscheinend von Frankreich geplante Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, und die dritte wendet sich gegen die von der Entente geforderte Ablieferung von mehr als 800 000 Maschinen durch Deutschland. Die vierte Entschlüsse lassen wir wegen ihrer großen grundsätzlichen und praktischen Bedeutung im Wortlaut folgen:

**Parteiwesen, Pressewesen und Bankfrage.**

Die ungeheuren Anstrengungen des Weltkrieges, sein für die Mittelmächte so ungünstiges Ende, schließlich der innere Zusammenbruch, haben das Deutsche Reich bis in seine innersten Fugen erschüttert und es in seiner Existenz aufs äußerste bedroht. Die wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Umrwälzungen im Gefolge dieses furchtbarsten aller Kriege haben obendrein für den Wiederaufbau ganz neue Bedingungen und andere rechtliche Voraussetzungen geschaffen. Insbesondere ist das alte Regierungssystem gefallen und der Parlamentarismus an seine Stelle getreten. Das Volk selbst ist — vertreten durch die Parteien — der Träger und Gestalter des Staatswillens geworden.

Es war allzu natürlich und unvermeidlich, daß von dieser gewaltigen Umrwälzung auch die Parteien erfaßt wurden. Ein Blick ins tägliche innerpolitische Leben, die Erfahrungen der bisherigen Wahlen beweisen es. Diese Krise im deutschen Parteiwesen ist noch keineswegs abgeschlossen.

Soll aber der völlige Zerfall Deutschlands verhindert, soll seine innere und äußere Wiederherstellung angebahnt werden, so ist die Gesundung des deutschen Parteiwesens die unerläßliche Voraussetzung. Ohne sie keine starke Regierung, keine stetige Außenpolitik, ohne sie keine feste Ordnung im Innern.

Wir müssen im politischen Leben, unbekümmert um die Grenzen von Land und Stamm, von Klasse und Stand, von Konfession und alter Parteilieferung, uns die Hand reichen zu dem einen Ziel: der Wiederaufbau von Volk und Vaterland.

Nicht im zeretzenden Kampf der Extreme kann Deutschland gesunden. Einigen müssen sich in einer breiten Volkspartei alle Kreise, die da gut deutsch, christlich, demokratisch und sozial gesonnen sind.

Von dieser Ueberzeugung geleitet, lehnt der 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands deshalb auch jede weitere klassenmäßige Parteizersplitterung und somit die Bestrebungen zur Bildung einer besonderen christlich-nationalen Arbeiterpartei ab. Die Partei des inneren deutschen Erneuerung muß alle schaffende Arbeit von Stadt und Land, der Werkstatt des Handwerkers wie des Künstlers und des Gelehrten, unter dem einen Wahlspruch des Dienstes am Gesamtwohl zusammenschließen.

Um dieses Ziel zu erreichen, beschließt der Kongreß:

1. Es wird ein parlamentarisches Komitee gebildet, um alle die Kreise des deutschen Volkes, die auf dem bezeichneten Boden stehen, zu einheitlichem parteipolitischen Handeln zusammenzuführen und so der deutschen Politik im Inlande wie im Auslande wieder das erforderliche Vertrauen und Ansehen zu verschaffen.
2. Die bereits beschlossene Gründung einer für das Gebiet des gesamten Deutschen Reiches bestimmten und auf die gekennzeichneten Grundanschauungen aufbauende politische Tageszeitung wird lebhaft begrüßt. Den Grundstock der Leser des Blattes sollen die Vertrauensleute des Deutschen Gewerkschaftsbundes bilden, um bei ihnen einen einheitlichen Willen für den deutschen Wiederaufbau herbeizuführen. Daneben ist das Blatt für die führenden Kreise des deutschen Volkes überhaupt bestimmt.

An die Leitung dieses Zeitungsunternehmens richtet der Kongreß das Ersuchen, in allen Bezirken, in denen die deutsche Reichseinheit gefährdet erscheint, und dort, wo die Ortspresse den Bedürfnissen der Stunde nicht gerecht wird, Kopf- bzw. Zweigblätter einzuführen. Die mit dem Hauptblatt gleichgerichteten Zeitungen im Lande sollen zu einem Konzern bzw. zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen werden.

3. Weiterhin wird der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beauftragt, im Benehmen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Reichsverband deutscher Konsumvereine und sämtlichen Organisationen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung (konfessionelle Arbeiter-, Gesellen-, Jugendvereine usw.) die Gründung einer Deutschen Volksbank baldigst in die Wege zu leiten, um die wirtschaftlichen Kräfte der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der diesen nahestehenden Kreise bei dem Wiederaufbau Deutschlands einheitlich zur Geltung zu bringen.

### Allgemeines

Das beste Weihnachtsgeschenk ist eine Versicherung bei unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung. Wer so weitschauend ist und schon in seinen gesunden Jahren seine Angehörigen für die Zeit nach seinem Tode sichergestellt, gibt ihnen das beste Weihnachtsgeschenk. Dies erreichen unsere Mitglieder bei unserer Gemeinnützigen Volksversicherung mit einem Kapital bis zu 5000 M. in den günstigsten Bedingungen. Zu diesem Weihnachtsgeschenk gehört nur der Wille, in Zukunft von seinem Verdienst regelmäßig ein geringes an Beiträgen zurückzulegen. Dafür sind die Angehörigen im Falle seines Todes mit der vollen beantragten Summe gesichert, und auch für den Fall, daß er die vereinbarte Versicherungsbauer überlebt, wird ihm das Kapital mit allen Zinsen und Gewinnanteilen zurückgezahlt. Auch der Gesundheit wehrt nicht, ob ihm Zeit zum Sparen bleibt. Krankheit und Tod kommt wie der Dieb über Nacht. Unsere Gemeinnützige Volksversicherung sichert das volle Kapital. Wir müssen ihr deshalb unser größtes Interesse zuwenden.

Anfragen richtet man an die Versicherungsabteilung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Köln, Venloerwall 9.

**Allgemeiner deutscher Krankentagg.** Am 2. Dezember findet in Berlin, Lehrervereinshaus, ein von sämtlichen Krankentassenverbänden einberufener allgemeiner deutscher Krankentagg statt. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildet die Frage der Neuordnung des ärztlichen Dienstes in der Krankenversicherung. Die Tagung wird durch Vertreter sämtlicher deutscher Krankentassen besetzt, so daß hinter der Tagung 15 000 Krankentassen mit 18 Millionen Versicherten stehen werden. Außerdem werden Regierungsvertreter, Mitglieder der Fraktionen des Reichstages und der Preussischen Landesparlamentarier, sowie Vertreter der Spitzenorganisationen der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten vertreten sein. Der Kongress wird eine bedeutungsvolle Kundgebung für eine der wichtigsten Fragen der Volksgesundheitspflege darstellen.

### Tagung der Haupttarifämter

16. - 19. November 1920.

**a) Haupttarifamt für das Tiefbaugewerbe.**  
Am 16. November fand im Reichsarbeitsministerium die dritte Sitzung des Haupttarifamtes für das Tiefbaugewerbe statt. Den Vorsitz führte Herr Ministerialrat Wulff. Beisitzer waren die Herren Dr. Jahn und Stadtrat Hiller.

Ein Antrag des Deutschen Bauarbeiterverbandes ging dahin, das Haupttarifamt müsse entscheiden, daß der Stundenlohn der Betonhilfsarbeiter und der Hilfsarbeiter bei den Mauern im Tiefbaugewerbe dem Lohn der Bauhilfsarbeiter im Hochbaugewerbe gleich sein muß. Ein Schiedspruch wurde seitens der Arbeitgeber nicht gewünscht. Das Einigungsamt schlägt vor, in Zukunft den Lohn mit rückwirkender Kraft zu zahlen. Der Vertrauensmann der Arbeitgeber, Herr Ziegler, erklärte, bis zum 25. November dem Bauarbeiterverband Nachricht zu geben und den Einigungsvorschlag der Herren Unparteiischen seinen Organen zu unterbreiten, sofern der Vorschlag dem Reichstagsvertrag, sowie dem Vertragsmuster nicht widerspricht. Der Lohn würde evtl. vom 16. November ab gezahlt.

Zum Antrag 14 des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer, Berlin, über Lohnstreitigkeiten waren die Unparteiischen zu der Meinung gekommen, daß der Vertrag unterschrieben und damit erledigt ist. Der Zentralverband hält bei: Nachweis zu erbringen, ob ein Ansetzungsgrund vorhanden sei. Der Antrag ist also abgelehnt.

Antrag 507 der Arbeitgeber Württembergs soll durch Herrn Stadtrat Hiller durch eine Verhandlung am Orte erledigt werden.

Antrag 508 und 510 über strittig gebliebene Lohn- und Arbeitsbedingungen für Baden, sollen ebenfalls durch Herrn Stadtrat Hiller zum Abschluß gebracht werden.

Antrag 19, Tarifstreitigkeiten in den Gebieten Groß-Hamburg, Hamburgisches Staatsgebiet, Oldenburg, Bremen, Helgoland und Wilhelmshaven, sowie Lohnstreitigkeiten in diesen Gebieten und beiden Mecklenburg soll dahin erledigt werden, daß diese Bezirksgruppe 4 des Reichsverbandes des Tiefbaugewerbes einen Schlichtungsausschuß neu einsetzt. In einer Sitzung, unter Vorsitz des Herrn Ministerialrats Wulff am Montag, den 22. November, im Gewerbehause zu Hamburg, soll diese Sache durch einen Schiedspruch der Unparteiischen erledigt werden.

Antrag 509 der Arbeitgeber des Bezirks Halle über Lohnstreitigkeiten im Tiefbaugewerbe Oberhessingen ist dahin entschieden worden, daß eine Auslösung für auswärtige Arbeiter von über 7 Kilometer für Verheiratete von 10 M., für Ledige von 8 M. pro Tag gezahlt werden soll. Parteien beantragen, dieses nicht in den Tarifvertrag aufzunehmen.

**b) Haupttarifamt für das Baugewerbe.**  
Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Es stehen 31 Streitigkeiten zur Beratung, welche ebenfalls vor den obengenannten Herren Unparteiischen verhandelt werden.

Antrag 236 und 301 des Deutschen Bauarbeiterverbandes und des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands, Südbayern betreffend: Beginn der Lohnzahlung wurde nach Artikel 11 des Schiedspruches von Südbayern abgelehnt.

Antrag 304 des Deutschen Arbeitgeberverbandes für die Rheinprovinz wurde nach Köln zur Entscheidung zurückgewiesen.

Antrag 305 (Abschluß des Tarifvertrages) wurde nach Köln zurückgewiesen.

Antrag 306 (Eingruppierung der Schacht-, Tiefbau- und Aufräumungsarbeiter unter Tagelöhner des Ober-schlesischen Industriebezirks): Die Parteien sind sich einig, daß nach dem Reichstarif und Tarifvertrag verfahren werden muß.

Antrag 307 (Nichtzahlung der Vergütung bei entfernt liegenden Baustellen.) Der Vorschlag des H. T. A. entschied, daß der Schiedspruch des H. T. A. nicht aufgehoben sei. Eine Verletzung des Tarifs nach § 7 Abs. 9 liegt nicht vor.

Antrag 308 (Entlassung eines Baudelegierten). Die Unparteiischen sind der Meinung, daß die Entlassung des Tarifamtes aufgehoben werden muß, da das Urteil des Tarifamtes gegen den Tarifvertrag verstößt. Gericht oder Schlichtungsausschuß seien nur zuständig.

Antrag 309 (Nichtzahlung des Urteils 223) zurückgewiesen.

Antrag 310 (Entlassung eines Zimmerers) Berufung ist verworfen.

Antrag 311 (Meistlohnentschädigung). Für jede Nacht wird eine Auslösung gezahlt.

Antrag 312 (Weigerung der Zimmerer über Zuschlag für Wasserarbeiten vor dem Tarifamt zu verhandeln). Die damalige Entscheidung des H. T. A., Urteil 216, soll zur Durchführung gebracht werden.

Antrag 313 (Lohnhöhe in Maschin). Die Sonderabmachung betreffs Lohnhöhe in Maschin bindet nur die Arbeitgeber, mit denen sie vereinbart ist. In Leterow und Stavenhagen haben die Arbeitgeber nur die Tariflöhne zu zahlen, die tariflich geregelt sind.

Antrag 314 (Entlassung eines Baudelegierten). Es soll beim örtlichen Tarifamt angefragt werden, welcher Antrag gestellt ist; ob Entscheidung in diesem Falle oder ob grundsätzliche Entscheidung verlangt wird.

Antrag 315 (Entlassung von Baudelegierten bei Arbeitsverminderung) wird zurückgestellt.

Antrag 316 (Auslegung des Begriffs „wesentliche“ im H. T. A. § 5 Abs. 4) wird vertagt.

Antrag 317 des Arbeitgeberbundes, Thüringen (Entlassung von Bauarbeitern wegen ihrer Mitgliedschaft bei dem Gemeinnützigen Bauverein in Jena). Das H. T. A. hat beschlossen, die Berufung zurückzuweisen. Gründe: Ob die Entlassung eines Arbeitnehmers im Einzelfalle auf Grund der Gewerbeordnung oder des Betriebsarbeitsgesetzes berechtigt ist oder nicht, entscheidet an sich nicht das Tarifamt, sondern das Gewerbegericht, legal der gesetzliche Schlichtungsausschuß. Insofern kann das H. T. A. in dieser Angelegenheit keine sachliche Entscheidung fällen. Das H. T. A. bemerkt aber, daß seiner Meinung nach ein Arbeitnehmer nicht lediglich deshalb, weil er Gewerkschaftsmitglied ist, entlassen werden darf.

Antrag 318. (Berufung gegen die Entscheidung des H. T. A. über die Auslegung des § 5, Abs. 5, des Reichstagsvertrages.) Berufung wird verworfen.

Antrag 319 und 320. (Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamtes betr. Anhang für Tiefbauern.) Die Sache wird zur nochmaligen Prüfung und Entscheidung über die Frage, ob ein Verstoß gegen einen integrierenden Bestandteil des Reichstagsvertrages für das Baugewerbe bildenden Anhang betreffs Tiefbauarbeiten vorliegt, an das Tarifamt Hamburg zurückgewiesen.

Antrag 321 des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands, Königsberg (Entlassung verheirateter Maurer vor unterheirateten). Die Berufung ist verworfen. Es ist das Wort „tunlichst“ nicht dahin auszulegen, daß in erster Linie unterheiratete vor den Verheirateten zur Entlassung kommen sollten.

Antrag 322, 324, 328, 332. Das Gehaltsgeld ist zu zahlen, falls die Arbeitgeber bis zum 28. November nicht die örtliche Vereinbarung anfechten. Nur die Orte Emden und Oldenburg kommen in Frage. Für die andern Orte lag seitens der Arbeitgeber keine Ermächtigung vor.

Antrag 323. Es lagen acht Punkte zur Entscheidung vor, die durch gültige Vereinbarungen geregelt wurden. Ueber Wertzeugentschädigung von 3 Pf. für Maurer und 5 Pf. für Zimmerer wurde ein Spruch gefällt.

Antrag 325. (Ablehnung von Mitgliedern sozialistischer Betriebe als Verhandlungsgegner.) Antrag wird abgelehnt. Gründe: Den Parteien können keine Vorschriften darüber gemacht werden, wen sie zu Vertretern für sich bestellen wollen.

Antrag 326. (Zahlung einer Bezugszulage.) Berufung ist verworfen. Das H. T. A. kommt zu der Überzeugung, daß möglicherweise ein Verstoß gegen den Königsberger Vertrag vorliegt, aber nicht gegen den Reichstagsvertrag. Es war vergessen worden, die Forderung in den Tarifvertrag aufzunehmen.

Der Spruch bleibt daher bestehen.  
Antrag 327. (Verletzung des H. T. A. § 1, Abs. 2.) Das H. T. A. ist nicht in der Lage, den Schiedspruch des H. T. A. aufzuheben.

Antrag 329 betreffs Feuerungszulage. Es soll am Montag, den 22. November, dortselbst, darüber verhandelt werden.

Antrag 330. (Einerleitung der Gebiete Ober- und Unterhessingen in den Bezirk St. Goarshausen.) Die Sache ist vertagt.

Antrag 331 betrifft die Revision der Tariflöhne- und Abs. 4, des Reichstagsvertrages, Berlin.) Ein Antrag auf Revision des Tarifvertrages kann gestellt werden, wenn zwei Monate nach Ablauf der letzten Lohnfestsetzung verstrichen sind. Gründe: In diese Zeit abgelaufen, so braucht mit der Stellung des Antrages nicht weiter zwei Monate gewartet zu werden; er kann vielmehr nach kürzerer Zeit gestellt werden. Es ist beispielsweise zulässig, seit der letzten Lohnfestsetzung zwei oder drei Monate verstrichen zu lassen. Wird eine Feuerungszulage bewilligt oder eine neue Lohnvereinbarung ge-

troffen, dann kann ein neuer Antrag erst wieder nach Ablauf von zwei Monaten gestellt werden. Ist eine Revision oder Neuabsetzung oder Bewilligung erfolgt, so rechnet die gemeindefällige Frist vom Tage der Abänderung. Ist der Antrag abgelehnt worden, dann kann ein neuer erst nach zwei Monaten später eingereicht werden. Sind zwei oder mehrere Fristen für den Beginn der Zahlungen festgelegt (Stapelung), dann rechnet die Frist vom Tage des letzten Zahlungsbeginns. Die Festsetzung der Feuerungszulagen ist nicht Sache des H. T. A., sondern unterliegt bezirkslicher Vereinbarung.

Ueber die Anträge 333 und 334 ist nicht verhandelt worden, da die Zeitpunkte der Einreichung nicht gegeben waren. Da sich die Fälle vor dem Haupttarifamt häufen, sollen künftig im Monat zwei Verhandlungstermine stattfinden. Sämtliche Parteien waren sich zum Schluß dahin einig und lehnten es ab, für die Folge Fälle zu behandeln, die nicht geschäftsordnungsmäßig erledigt sind. Es soll in allen Fragen von jetzt an nach dem H. T. A. geschäftsordnungsmäßig verfahren werden. **Hilfsbrand.**

### Wirtschaftliche Bewegung

#### Reichstagsvertrag für das Dachdeckergerwerbe

Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums fand am 19. November eine Besprechung von Vertretern der am Reichstagsvertrag beteiligten Organisationen statt. Zur Besprechung stand der Antrag der Reichspost- und Telegraphenverwaltung von der allgemeinen Verbindlichkeit des Reichstagsvertrages ausgenommen zu werden. Ein gleicher Antrag war von der Klemmervereinigung für Hamburg gestellt. Zum ersten Punkt kam ein Vergleich dahin zustande, daß die Reichspost- und Telegraphenverwaltung sich bereit erklärte, die Ausführung der Dacharbeiten einzustellen und die bisher beschäftigten Dachdecker in die Privatbetriebe zu überführen. Die Ueberführung soll bis zum 31. Dezember beendet sein. Die Differenz zwischen dem erhaltenen Lohn und dem Tariflohn wird von 1. Juli ab nachgezahlt.

Mit den Vertretern von Hamburg kam keine Einigung zustande, da sich das Tarifamt in Kiel im Februar d. J. schon einmal mit der Sache befaßt hat und zur Abwehlung gekommen ist. Es wird ihnen anheim gestellt, sich nochmals an das Tarifamt zu wenden.

Mitgeteilt sei mitgeteilt, daß am 5. Oktober in Berlin eine Sitzung der Organisationsvertreter des Reichstagsvertrages stattfand zur Regelung der Vertretung der Arbeitgeber im Ortsausschuß. Es wurde folgender Nachtrag zu den protokollierten Erklärungen beschlossen: Die Arbeitnehmerseite des Ortsausschusses bildet den Betriebsrat im Orte bzw. im Bezirke. Die Arbeitgeberseite des gleichen Ortes oder Bezirkes werden im Sinne des Betriebsarbeitsgesetzes vertreten durch die Arbeitgeberseite des Ortsausschusses.

### Verbandsnachrichten

**Braunschweig.** Am Mittwoch, mittags kurz vor 12 Uhr, verunglückte unser treuer Kollege Franz Wucherpfennig im Alter von 35 Jahren. Derselbe war mit Aufziehen von Zementplatten beschäftigt, wobei plötzlich das Seil riß. Die Platte durchschlug im Herunterfallen die Bohle, worauf der Kollege stand. Kollege Wucherpfennig wurde durch den Druck heruntergeschleudert, und zwar so unglücklich, daß er mit dem Kopfe auf eine Eisenbahnstange schlug. Der Tod war sofort eingetreten. Eine Witwe mit drei kleinen Kindern beweinen den Verlust ihres so früh aus dem Leben gerissenen Ernährers.

### Bekanntmachung

#### Ungültigkeitserklärung

Das Mitgliedsbuch Nr. 137534, lautend auf den Namen Theo Brinkmann, Maurer in Wüthen bei Cloppenburg, ist dem Besther auf der Baustelle gestohlen worden. Es wird hiermit für ungültig erklärt.

### Esterbetafel.

Durch Pausenfall verunmählte tödlich unser lieber Kollege Franz Wucherpfennig im Alter von 35 Jahren.

Verwaltungsstelle Braunschweig.

Am 10. November starb unser treues Mitglied Friedrich Pabbe im 19. Lebensjahre an den Folgen einer Blinddarmentzündung.

Verwaltungsstelle Essen i. Oldenburg.

Am 12. November starb unser lieber Kollege Fridolin Hage, Maurer aus Hörbingen, an den Folgen einer Darmoperation und hinzugekommener Herzschwäche im Alter von 44 Jahren.

Verwaltungsstelle Lindau (Bodensee).

Am 18. November starb der Kollege Philipp Best aus Siegen. Wir verlieren in ihm ein sehr tüchtiges Mitglied.

Dritgruppe Siegen.

Ehre ihrem Andenken!